

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 42 | 20.10.2023

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 118/2023](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Arbeitslosenversicherungsgesetz** 1977 geändert wird (Aktualisierung des Schulungszuschlags; Entfall Altersteilzeit; Blockzeitvereinbarung)

[BGBl I 119/2023](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichs-Gesetz** – LWA-G geändert wird (Vermeidung von Doppelförderungen)

[BGBl I 120/2023](#)

Bundesgesetz, mit dem das **COVID-19-Förderungsprüfungsgesetz** geändert wird (Rechtsgrundlage für die Anforderung von Ergänzungsgutachten durch die COFAG)

[BGBl I 121/2023](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz** geändert wird (Beiträge in Form von Zuschüssen zugunsten der Ukraine; nur im Zusammenhang mit Maßnahmen der Europäischen Union gem Art 212 AEUV)

[BGBl I 122/2023](#)

Bundesgesetz über einen Zuschuss an die Länder zur **Finanzierung** einer **Gebührenbremse** (Maßnahme gegen die hohe Inflation; Dämpfung der Steigerung bei Benützungsgebühren der Gemeinden)

[BGBl I 123/2023](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den **Energiekrisenbeitrag-fossile Energieträger** (EKBF) geändert wird (Erhöhung der Bemessungsgrundlage für den Energiekrisenbeitrag-fossile Energieträger)

[BGBl I 124/2023](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die Aufhebung des **§ 430 Abs 3a letzter Satz** des **Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes** durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl II 305/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft, mit der die Verordnung **Arbeitsinspektorate** geändert wird

[BGBl II 306/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die Verordnung des Bundesministers für Inneres über die vorübergehende **Wiedereinführung von Grenzkontrollen** an den Binnengrenzen zur **Slowakischen Republik** geändert wird

[BGBl II 307/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, mit der die **Aquakultur-Statistikverordnung** 2012 geändert wird

[BGBl II 308/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres über die vorübergehende **Wiedereinführung von Grenzkontrollen** an den Binnengrenzen zur **Tschechischen Republik**

[BGBl II 309/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der der **Anpassungsfaktor** für das Jahr **2024** festgesetzt wird

[BGBl II 311/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft über die Grundausbildung der Bediensteten im Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen 2023 (**BEV-Grundausbildungsverordnung** 2023 – BEV-GA-VO 2023)

II. AMTSBLATT DER EU

Keine Rechtsakte mit Gesetzescharakter im Berichtszeitraum.

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

19.09.2023, [G 180/2023](#)

Bundesstraßen-MautG; der Gesetzgeber darf auf den Regelfall abstellen, dass der **Zulassungsbesitzer** mit dem **Lenker** ident ist bzw den Lenker, welcher er sein Fahrzeug zum Gebrauch überlassen hat, kennt und zwischen den beiden Personen ein intakter **Informationsaustausch** besteht; § 19 Abs 4 Bundesstraßen-MautG ist sachlich gerechtfertigt; die ASFINAG hat bloß Zugang zu der Identität des Zulassungsbesitzers; die Ermittlung des tatsächlichen Lenkers ist der ASFINAG nicht möglich

19.09.2023, [E 73/2023 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status der subsidiär Schutzberechtigten in Bezug auf den Herkunftsstaat Irak

19.09.2023, [E 885/2023 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausüben von Willkür; Nichtzuerkennung des Status des subsidiär Schutzberechtigten in Bezug auf den Herkunftsstaat Armenien

21.09.2023, [V 33/2023](#)

Tir Freizeitwohnsitz- und LeerstandsabgabeG; Aufhebung der Verordnung des Gemeinderats der Gemeinde Innsbruck über die Höhe der **Freizeitwohnsitzabgabe** wegen Verstoß gegen § 4 Tir FreizeitwohnsitzabgabeG als gesetzwidrig; diese Verordnung wurde mit der Verordnung des Gemeinderats der Stadtgemeinde Innsbruck über die Höhe der Freizeitwohnsitzabgabe materiell derogiert

21.09.2023, [V 209/2022](#)

StVO; der dringende verkehrspolitische Wunsch der zuständigen Stadtsenatsreferentin kann die fehlende nachvollziehbare **Darlegung der Erforderlichkeit** zur Erlassung der angefochtenen Verordnung (Straßenverkehrszeichen) – in welchem Akt sich lediglich ablehnende Stellungnahmen befinden – nicht ersetzen; die angefochtene Verordnung findet keine Deckung im Gesetz

04.10.2023, [G 95/2021](#)

Allgemeines SozialversicherungsG; Aufhebung des **§ 430 Abs 3a letzter Satz** Allgemeines SozialversicherungsG wegen Verstoß gegen Art 120c Abs 1 B-VG als **verfassungswidrig**; der VfGH vermag nicht zu erkennen, inwiefern angesichts des Umstands, dass der Hauptversammlung auch die Mitglieder des Verwaltungsrats angehören, zum Zweck der möglichst **unvoreingenommenen Kontrolle** der Tätigkeit des Verwaltungsrats der Ausschluss von Angehörigen der mandatsstärksten wahlwerbenden Gruppen von der Funktion des Vorsitzenden der Hauptversammlung erforderlich ist

04.10.2023, [E 1450/2023](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausüben von Willkür; unterlassene Ermittlungstätigkeit in einem entscheidenden Punkt; keine Feststellung zu der im Entscheidungszeitpunkt vorliegenden Einberufungs- bzw Rekrutierungssituation von männlichen syrischen Staatsangehörigen, die den Wehrdienst bereits abgeleistet haben

04.10.2023, [E 1993/2023 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf ein **Verfahren vor dem gesetzlichen Richter** durch Entscheiden des BVwG über die Beschwerde der Bf hinsichtlich der Nichtzuerkennung des Status der Asylberechtigten durch einen Richter männlichen Geschlechts, obgleich § 20 Abs 2 AsylG im vorliegenden Fall anzuwenden war und die Bf ein Abgehen von der sich daraus ergebenden Zuständigkeit einer Richterin nicht verlangt hat

04.10.2023, [E 2724/2023](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf ein **Verfahren vor dem gesetzlichen Richter** durch Entscheiden des BVwG über die Beschwerde der Bf hinsichtlich der Nichtzuerkennung des Status der Asylberechtigten durch einen Richter männlichen Geschlechts, obgleich § 20 Abs 2 AsylG im vorliegenden Fall anzuwenden war und die Bf ein Abgehen von der sich daraus ergebenden Zuständigkeit einer Richterin nicht verlangt hat

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

22.08.2023, [Ra 2022/10/0130](#)

AVG; mit **Kundmachung** über die **Amtsstunden** der belangten Behörde, die wörtlich davon spricht, dass **elektronische Anbringen**, die „außerhalb der Amtsstunden“ übermittelt werden, erst mit Wiederbeginn der Amtsstunden entgegengenommen und bearbeitet werden und daher auch erst zu diesem Zeitpunkt (am nächsten Werktag) als eingebracht und eingelangt gelten, bringt die belangte Behörde zum Ausdruck, dass nur innerhalb der kundgemachten Amtsstunden eingebrachte und eingelangte elektronische Anbringen als am selben Tag eingebracht behandelt werden; nach diesem Verständnis liegt eine genau zum Ende der Amtsstunden eingelangte Eingabe noch innerhalb der von 8:00 bis 15:00 Uhr laufenden Amtsstunden

23.08.2023, [Ra 2022/02/0071](#)

VwGG; VwG hielt im Verfahrensgang seines Erkenntnisses fest, dass der Rw keine ergänzenden Unterlagen vorgelegt habe; Rw konnte belegen, Urkunde im **Verfahrensgang** vorgelegt zu haben; **Urkundenvorlage** des Rw wurde jedoch vom Kanzleisystem des VwG nicht erfasst und somit nicht dem Akt zugewiesen; dadurch wurde dieser Schriftsatz auch nicht der erkennenden Richterin vorgelegt; da nicht ausgeschlossen werden kann, dass das VwG bei Berücksichtigung der Urkundenvorlage zu einem anderen Ergebnis gekommen wäre, liegt hier eine erhebliche Verletzung von Verfahrensvorschriften gem § 42 Abs 2 Z 3 lit a VwGG vor

07.09.2023, [Ra 2023/09/0002](#)

DenkmalschutzG; die Feststellung des fehlenden öffentlichen Interesses an der Erhaltung des Denkmals im Jahr 1994 erfolgte auf die damals bestehende gesetzliche Vermutung nach § 2 Abs 1 DenkmalschutzG gem § 6 Abs 2 leg cit; ein solcher Bescheid konnte infolge **Aufhebung der gesetzlichen Vermutung** nach dem 31.12.2009 nicht mehr ergehen; nach dem Auslaufen der gesetzlichen Vermutung haben daher diese negativen Feststellungsbescheide ihre Bedeutung und ihre **Rechtswirkungen verloren**; insofern kam es daher zu einer relevanten Änderung der Rechtslage, sodass die infolge Auslaufens der gesetzlichen Vermutung unwirksam gewordene Bindungswirkung des negativen Feststellungsbescheids aus 1994 einer Unterschutzstellung des Objekts nach §§ 1 und 3 leg cit im Jahr 2021 nicht (mehr) entgegenstand

07.09.2023, [Ra 2023/09/0004](#)

EpidemieG; VwGG; Wirtschaftstreuhandberufsg; Verfahren betreffend **Vergütungen** gemäß § 32 EpidemieG sind **keine Abgabenverfahren** im Sinne des VwGG, weil es um die Zuerkennung einer Vergütung und nicht um die Vorschreibung einer öffentlich-rechtlichen Abgabe geht; eine Vertretungsbefugnis eines Steuerberaters oder Wirtschaftsprüfers in solchen Verfahren ergibt sich auch nicht aus § 2 Wirtschaftstreuhandberufsg

12.09.2023, [Ra 2021/20/0449](#)

AsylG; FremdenpolizeiG; bloße Wiedergabe der im **Strafregister** vermerkten Urteilsdaten war nicht ausreichend, um eine vom Rw – zudem im vom Gesetz geforderten Ausmaß – ausgehende **Gefährdung der öffentlichen Ordnung** und Sicherheit in einer dem Gesetz entsprechenden Weise begründen zu können; das gilt auch dann, wenn im Rahmen der Interessenabwägung ein vom Fremden gesetztes (Fehl-)Verhalten im Hinblick auf die damit beeinträchtigten öffentlichen Interessen einbezogen werden soll

14.09.2023, [Ra 2021/22/0034](#)

Niederlassungs- und Aufenthaltsg; AVG; VwGVG; ohne **weitere Ermittlungen** ging das VwG in dem angefochtenen Erkenntnis davon aus, der Rw habe trotz der ihn treffenden „besonderen Mitwirkungspflicht“ keinen Nachweis darüber erbracht, dass „Hinderungsgründe“ (gemeint wohl: iSd § 64 Abs 2 letzter Satz Niederlassungs- und Aufenthaltsg) für das Ausbleiben eines ausreichenden **Studienerfolgs** vorgelegen hätten, weshalb die Aufenthaltsbewilligung nicht verlängert werden könne; auch hat das VwG den Rw nicht zur Erstattung weiterer Beweisanbote aufgefordert; damit hat das VwG die in verwaltungsgerichtlichen Verfahren geltenden Grundsätze der Amtswegigkeit und der Erforschung der materiellen Wahrheit verletzt

18.09.2023, [Ra 2022/10/0104](#)

Wr Umweltinformationsgesetz; Wr BaumschutzG; bei der Mitteilung der **Grundstücksadressen** in Bezug auf beantragte Baumfällungen nach § 4 Wr BaumschutzG handelt es sich um **personenbezogene Daten** iSd § 6 Abs 2 Z 3 Wr UmweltinformationsG, deren Mitteilung dann zu erfolgen hat, wenn die Bekanntgabe keine negativen Auswirkungen auf die Vertraulichkeit dieser personenbezogenen Daten hätte, sofern ein schutzwürdiges Interesse an der Geheimhaltung im Sinne der Bestimmungen der DSGVO sowie des DatenschutzG besteht; bei Bestehen eines **schutzwürdigen Interesses** an der Geheimhaltung personenbezogener Daten wäre demnach gem § 6 Abs 4 leg cit eine Abwägung des öffentlichen Interesses an der Bekanntgabe gegen das Interesse an der Verweigerung der Bekanntgabe vorzunehmen gewesen, dies nach der zitierten Norm unter enger Auslegung des Ablehnungsgrunds nach § 6 Abs 2 Z 3 leg cit

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 19.09.2023, [W298 2261568-1](#)

AEUV; DSGVO; DSGVO; die Interpretation der belangten Behörde, dass **§ 24 DSGVO** die mitbeteiligte Partei als **juristische Person aktiv legitimiere**, ist unrichtig; es ergibt sich im verfassungsgesetzlich geschützten Bereich des § 1 Abs 1 leg cit (wo juristische Personen mitumfasst sind) im Vergleich zu einer natürlichen Person kein (grober) unterschiedlicher Grundrechtsschutz

LVwG Nö 26.09.2023, [LVwG-S-2431/001-2022](#)

ContainersicherheitsG; § 24a Abs 3 Z 5 GüterbeförderungsgG erlaubt nicht die **Eintragung** von **Bestrafungen** in das **Verkehrsunternehmensregister**; damit stellt diese Bestimmung iSd Entscheidung des EuGH zur Verordnung (EG) 1071/2009 eine nationale Vorschrift dar, die es nicht erlaubt, die einem verantwortlichen Beauftragten zur Last gelegten Verstöße bei der Beurteilung, ob das Unternehmen die Anforderung der Zuverlässigkeit erfüllt, zu berücksichtigen

LVwG Oö 23.08.2023, [LVwG-606062](#)

VStG; ein vor der Zustellung erhobener **Einspruch** ist mangels einer erlassenen und damit mangels einer **existenten Strafverfügung unzulässig**; mit anderen Worten: sämtliche Eingaben, die der Bf vor Zustellung der Strafverfügung an die belangte Behörde richtet, gehen in Ermangelung einer bekämpfbaren Grundlage ins Leere

LVwG Vbg 22.09.2023, [LVwG-340-4/2023-R11](#)

Vbg SozialleistungsG; in einem **Sozialhilfeantrag** kann die **Übernahme von Schulden** beantragt werden, die in der Vergangenheit (vor der Antragstellung) zur Heilung einer Krankheit eingegangen wurden; eine Zurückweisung eines solchen Antrags ist nicht statthaft

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[19.10.2023, Rs C-660/20, Lufthansa CityLine](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Sozialpolitik** – Teilzeitbeschäftigung – Richtlinie 97/81/EG – **EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung** über Teilzeitarbeit – Paragraph 4 Nr 1 – **Grundsatz der Nichtdiskriminierung** von Teilzeitbeschäftigten – Pro-rata-temporis-Grundsatz – Piloten – Vergütung für zusätzliche Flugdienstzeit – Gleiche Auslösegrenzen für vollzeitbeschäftigte und für teilzeitbeschäftigte Piloten – **Unterschiedliche Behandlung**

[19.10.2023, Rs C-655/21, G ST T \(Proportionnalité de la peine en cas de contrefaçon\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums – Richtlinie 2004/48/EG – Art 13 – Strafverfahren – **Anwendungsbereich** – Dem Markeninhaber entstandene **Schäden als Tatbestandsmerkmal** der Straftat – Über-einkommen über die handelsbezogenen Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS) – Art 61 – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 51 Abs 1 – Durchführung des Rechts der Union – Zuständigkeit – Art 49 Abs 1 und 3 – **Gesetzmäßigkeit** und **Verhältnismäßigkeit** der Strafen

[19.10.2023, Rs C-88/22 P, QB/ Kommission](#)

Rechtsmittel – Öffentlicher Dienst – Anhang VII des **Statuts der Beamten** der Europäischen Union – Art 4 Abs 1 Buchst a zweiter Gedankenstrich – **Bedienstete auf Zeit** – Dienstbezüge – Auslandszulage – Voraussetzungen für die Gewährung – Hauptberufliche Tätigkeit – Dienst für einen anderen Staat

[19.10.2023, Rs C-147/22, Központi Nyomozó Főügyészség](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen – Art 54 – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 50 – Grundsatz **ne bis in idem** – Zulässigkeit der Strafverfolgung eines wegen **Bestechung** Angeklagten in einem Mitgliedstaat nach **Einstellung des Strafverfahrens** gegen ihn wegen derselben Tat durch die Staatsanwaltschaft eines anderen Mitgliedstaats – Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit der Angeklagte als rechtskräftig abgeurteilt angesehen werden kann – Voraussetzung der **Prüfung in der Sache** – Erfordernis eingehender Ermittlungen – **Fehlende Vernehmung** des Beschuldigten

[19.10.2023, Rs C-186/22, Sad Trasporto Locale](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verkehr – Verordnung (EG) Nr 1370/2007 – **Öffentliche Personenverkehrsdienste** auf Schiene und Straße – Anwendungsbereich – Art 1 Abs 2 – Seilbahnen – **Direktvergabe** eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags über Verkehrsdienste an einen internen Betreiber durch eine örtliche Behörde – **Übergang des Betriebsrisikos** – Ausgleichsleistung für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen

[19.10.2023, Rs C-325/22, Ministar na zemedelieto, hranite i gorite](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Beihilfen der Mitgliedstaaten – Art 107 Abs 1 AEUV – Begriff ‚Unternehmen‘ – Verordnung (EU) 2015/1589 – **Rückforderung** einer **rechtswidrigen Beihilfe** – Beschluss (EU) 2015/456 – Tausch von Forstflächen – Bestimmung des ‚Marktwerts‘

[19.10.2023, Rs C-591/22, L \(Gallus gallus\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Lebensmittelhygiene** – Verringerung der Salmonellen bei **Gallus-gallus-Zuchtherden** – Verordnung (EU) Nr 200/2010 – Anhang – Nr 2.2.2.2 Buchst c – **Routinebeprobung** – Positives Ergebnis – Beprobung zwecks Bestätigung – Ausnahmefälle – Zweifel an den Ergebnissen – Bedeutung

B. SCHLUSSANTRÄGE

[19.10.2023, Rs C-276/22, Edil Work 2 und ST \(GA Medina\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Niederlassungsfreiheit – **Art 49 und 54 AEUV** – Anwendungsbereich – Grenzüberschreitende Tätigkeiten – Ausübung einer Geschäftstätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat als dem der Gründung – Gesellschaftsstatut (lex societatis) – **Geschäftsführung** und **Organisation von Gesellschaften** – Hauptgeschäftszweck – Anwendbares Recht

[19.10.2023, Rs C-352/22, Generalstaatsanwaltschaft Hamm \(Demande d'extradition d'un réfugié vers la Turquie\) \(GA de la Tour\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Politik im Bereich Asyl – Entscheidung eines Mitgliedstaats über die **Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft** – Flüchtling, der nach dieser Entscheidung in einem anderen Mitgliedstaat Aufenthalt nimmt – **Auslieferungersuchen** des Herkunftsmitgliedstaats des Flüchtlings an den **Wohnsitzmitgliedstaat** – Richtlinie 2011/95/EU – Art 21 Abs 1 – Richtlinie 2013/32/EU – Art 9 Abs 2 und 3 – Wirkung der Entscheidung über die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft im Rahmen des **Auslieferungsverfahrens** – Art 78 Abs 2 AEUV – Gemeinsames **Europäisches Asylsystem** – Fehlen eines Grundsatzes, wonach die Mitgliedstaaten Entscheidungen über die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft gegenseitig anerkennen – Art 18 und Art 19 Abs 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Schutz des Flüchtlings vor Auslieferung – **Grundsatz der Nichtzurückweisung**

C. GERICHT

[18.10.2023, Rs T-402/20, Zippo Manufacturing ua / Kommission](#)

Handelspolitik – Verordnung (EU) 2020/502 – Maßnahmen, die von den Vereinigten Staaten in Bezug auf die **Einfuhr** bestimmter **derivativer Aluminiumerzeugnisse** und bestimmter **derivativer Stahlerzeugnisse** eingeführt wurden – Entscheidung der Union, **Handelszugeständnisse** und sonstige **gleichwertige Verpflichtungen** auszusetzen – Zusätzliche Zölle auf Einfuhren

von Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten – Nichtigkeitsklage – Klagebefugnis – Zulässigkeit – Grundsatz der guten Verwaltung – Recht auf rechtliches Gehör

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

12.10.2023, Beschwerde Nr [56417/19](#) u.a., *S.S. u.a./Ungarn*

Verletzung von **Art 4 4.ZPEMRK** (Verbot der Kollektivausweisung von Ausländern); Abschiebung von zwei **Migrantenfamilien** auf die Außenseite des ungarischen Grenzraums zu Serbien, was einer Ausweisung gleichkommt; Bf versuchten, über einen Flughafen, eine offizielle Grenzübergangsstelle, nach Ungarn einzureisen, und stellten sich den Grenzbeamten; **sofortige Abschiebung** in ein Land, aus dem die Bf nicht stammten, ohne ihre Argumente und die Bedürfnisse der Kinder der Bf, die besonders schutzbedürftig waren, zu prüfen; kollektiver Charakter der Abschiebung, ohne dass den Bf eine wirksame Möglichkeit gegeben wurde, Argumente gegen die Abschiebung vorzubringen; Versäumnis der inländischen Behörden, den Zugang der Bf zu einem angemessenen Asylverfahren in Serbien zu prüfen, das sie vor Zurückweisung schützt

17.10.2023, Beschwerde Nr [29906/14](#), *Dimaksyan/Armenien*

Verletzung von **Art 2 EMRK** (Recht auf Leben); **Tod** des Sohns des Bf während des **Wehrdiensts** durch einen versehentlichen Schuss eines Kameraden; **Versäumnis** der inländischen Behörden, für eine wirksame Umsetzung der einschlägigen und angemessenen Sicherheitsvorschriften für den Umgang mit Waffen zu sorgen; Versäumnis, den bestehenden Rechtsrahmen für die Organisation der medizinischen Notfallhilfe für Wehrdienstleistende in Bezug auf die medizinische Versorgung des Sohns des Bf in Kraft zu setzen; Versäumnis, bekannte Risiken, die mit dem Wehrdienst verbunden sind und die insbesondere im Kontext laufender Feindseligkeiten zu lebensgefährlichen Zwischenfällen führen können, wirksam abzuwenden

17.10.2023, Beschwerde Nr [15646/18](#), *Bîzdîga/Republik Moldau*

Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **Verletzung** von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens); Weigerung der inländischen Gerichte, die Begründetheit des Antrags des Bf auf Übertragung des **Sorge-rechts** für seinen Sohn zu prüfen; keine ernsthafte Prüfung der Zulässigkeit der Sorgerechtsanträge oder der angegebenen Gründe; unverhältnismäßige Beschränkung des Rechts des Bf auf Zugang zu einem Gericht; Einschränkung des Umgangs-rechts des Bf mit seinem Sohn durch einen Entscheidungsprozess, der unter den gegebenen Umständen nicht angemessen, gerecht und hinreichend zweckmäßig war; Versäumnis der inländischen Behörden, die angebliche Vorgeschichte des Bf mit **häuslicher Gewalt** zu berücksichtigen, die ein relevanter und zwingend zu berücksichtigender Faktor bei der Beurteilung ist; kein Hinweis in den Akten auf eine eigenständige und umfassende Risikobewertung oder auf Maßnahmen, um den Kontakt des Bf mit seinem Sohn aufrechtzuerhalten, ohne die Sicherheit von Kind und Mutter zu gefährden

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Anna Kneidinger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M..

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.